

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbeabteilung des Postamtes entgegen. — Erscheint wochentags. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind für Anzeigen aus Aue und Umgebung des Erzgebirges, aus anderen Gegenden des Erzgebirges, aus anderen Gegenden des Erzgebirges, aus anderen Gegenden des Erzgebirges, aus anderen Gegenden des Erzgebirges.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 93

Mittwoch, den 22. April 1925

20. Jahrgang

Marx in Dresden.

Die vom Deutsch-Republikanischen Reichsbunde am Sonnabend im Zirkus Sarrafani veranstaltete Wähler-versammlung wies einen solchen Massenbesuch auf, daß Tausende und Abertausende keinen Einlaß mehr fanden, sondern vor dem Zirkusgebäude warten mußten, zu denen dann später der Präsidentschaftskandidat des Volksblocks vom Balkon aus noch sprechen mußte.

Nach begrüßenden Worten des Vorsitzenden der Dresdner Ortsgruppe des Republikanischen Reichsbundes ergriß Reichskanzler a. D. Marx das Wort. Er führte folgendes aus:

Es handelt sich bei der Wahl um politische Ziele und es ist eine Verkennung der Sachlage, wenn man meint, den Reichspräsidenten am besten aus Kreisen nehmen zu können, die sich, nach ihren eigenen Worten, bisher nicht um Politik gekümmert haben. Das Volk würde einen solchen Irrtum in bedauerlicher Weise spüren müssen, besonders ein Volk wie das deutsche, das nach dem verlorenen Kriege besonders einer nach politischen Grundfragen handelnden Leitung bedarf.

Meine politischen Grundzüge ergeben sich aus meiner Lebensarbeit und aus der Gemeinschaftsarbeit der Parteien, die meine Wahl dem Volke vorschlagen. Als Ziel meiner Politik betrachte ich

die Erhaltung des Reiches und der Reichseinheit

Das Werk Bismarcks, das nach dem militärischen Zusammenbruch des Jahres 1871 lange Zeit bedroht erschien, soll erhalten und gefestigt werden. Wir hätten den Weltkrieg und die Errungenschaften von Jahrhunderten erst dann endgültig verloren, wenn wir uns verhalten hätten, in den Fehler zu verfallen, den unsere Vorgänger nach dem Dreißigjährigen Kriege machten, nämlich das Einzelrecht über das Gesamtrecht zu stellen. Meine Arbeit gilt der Freimachung Deutschlands nach außen. Soweit meine Kräfte reichen, soll

Deutschland wieder ein freies gleichberechtigtes Volk unter den anderen Völkern

Europas und der Erde sein. Ich verrete den Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Wir wollen die Verpflichtungen, die wir nach dem verlorenen Krieg übernehmen mußten, erfüllen. Soweit unsere Kraft reicht, wollen wir die Last tragen, aber wir wollen auch als gleichberechtigte Nation betrachtet und behandelt werden. Als Volk schätzen wir unsere Ehre, unsere Freiheit nicht geringer als andere Völker ihre Ehre und Freiheit. Ja, als ein Volk, das einen Weltkrieg verloren, haben wir ein Recht, in unserem Ehrgefühl empfindlicher, feinfühlicher zu sein als die Siegervölker, für die der Erfolg wirkt und arbeitet.

Wir sind zur offenen Gemeinschaftsarbeit im Völkerverbunde bereit, aber wir können dafür keine Bedingungen anerkennen, die anderen nicht auferlegt werden. Wenn die deutsche Republik sich noch nicht so befestigt hat, wie es wünschenswert ist, dann mögen die Völkern sich einmal überlegen, wieweit sie daran mitschuldig sind, inwieweit sie den Anhängern des alten Staates in die Hände gearbeitet haben. Das möge man besonders in Frankreich beachten. Wir wollen mit Frankreich in Frieden leben; dieser Friede kann aber nur bestehen und dauern auf dem Wege gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung. Meine Arbeit gehört

der Freimachung der Rheinlande,

meiner Heimat. Für dieses Ziel muß das ganze deutsche

Volk Opfer bringen. In dieser Beziehung bedaure ich, daß noch immer die Kölner Zone nicht frei ist von fremdländischer Besetzung.

Meine Lebensarbeit gehört der Wiederrichtung einer gesunden deutschen Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft kann nicht gesunden auf Kosten einer verarmten Arbeitnehmerschaft. Sie kann auch nicht gesunden durch Erschütterungen der deutschen Unternehmerschaft, beide müssen leben, schaffen und arbeiten. Beide haben Anspruch auf den Schutz des Staates. Der Staat hat auch für eine gute moderne Handelspolitik, für eine moderne Sozialpolitik, für eine wohlerwogene Steuerpolitik zu sorgen, welche die Lasten gerecht verteilt.

Das alles ist nur möglich, wenn ein neuer Gemeinschaftsgeist im deutschen Volke Einzug hält. Wir sind spät, sehr spät als einiges Volk in die moderne Welt eingetreten, erst dann nämlich, als die westeuropäischen Mächte schon hundert Jahre lang die Welt geführt und beherrscht hatten. Das einige Deutsche Reich haben wir seit 1871. Um die wirklich einige deutsche Nation ringen wir noch heute. Jahrzehntelang hatten wir im Deutschen Reich ein eigenes Haus; aber die Bewohner des Hauses waren nie einig. Jeder Stand kämpfte gegen den anderen. Es fehlte ihnen das Größere, das Umfassendere, der Sinn für die staatsbewegliche Gemeinschaftsarbeit. Das war die schwache Stelle in dem Werke der Vorkriegszeit.

Aus jener Zeit stammt der Schicksalstrug der sogenannten „nationalen“ Kreise gegen die „Reichsfeinde“, gegen die „Internationalen“. Das Wort „national“ wurde zu einem volkreisenden Schlagwort. Es gibt keine Politik, die für den Staat gefährlicher ist, als wenn er große Teile des Volkes — in diesem Falle sogar die große Mehrheit — als minderwertige Bürger stigmatisiert und behandelt. Das hat noch nie ein Staat auf die Dauer ertragen. Es bleibt die Aufgabe des neuen demokratischen Staates, daß wir das verhängnisvolle Erbe der Vorkriegszeit beseitigen. Wir stehen in der Erfüllung dieser Aufgabe. Wir sind weitergekommen auf diesem Gebiete. Wieder einmal erweisen sich die Geschmähten von früher als die Bannerträger einer neuen Zeit.

Was von diesem alten überholten Gegensatz von „national“ und „international“ gilt, das gilt auch für den Klassen Gegensatz. Es wird auch wohl in Zukunft schwer möglich sein, die scheinbaren, großen Interessengegenätze zu beseitigen; was wir aber können, ist ein anderes: Das staatsbürgerliche Gemeinschaftsgefühl muß stärker empfunden werden als der Gegensatz der Klassen und Stände.

Und noch eine dritte Scheidelinie aus der Vorkriegszeit tragen wir allmählich ab: die Politisierung des konfessionellen Gegensatzes. Gewiß, in kulturellen Fragen gibt es Gegensätze, die im engsten Zusammenhang stehen mit den Weltanschauungen der großen Konfessionen. Auch um diese Dinge wird und muß man geistig ringen. Aber dieses Ringen darf nicht mit parteipolitischen Schlagworten geführt werden. Es darf nicht zu einem Werkzeug des politischen Parteikampfes erniedrigt werden. Wir alle sind Glieder einer Nation, Bürger eines Staates. Laßt uns dem Staate und der Nation gemeinsam dienen. Im Dienste an der Nation Einheit, in anderen Fragen Freiheit!

Dr. Höfle †

Gestern nachmittag kurz vor 4 Uhr ist der frühere Reichspostminister Dr. Höfle, der sich seit zehn Wochen im Zusammenhang mit den Beschuldigungen gegen Barmer in Untersuchungshaft befand, im Hedwigskrankenhaus gestorben. Noch am Sonnabend hatten drei Ärzte Dr. Höfle im Gefängnis untersucht und ihn für fast völlig erkrankt erklärt. Im Laufe des Sonntags verschlechterte sich sein Befinden derart, daß er am Montag früh ins Hedwigskrankenhaus gebracht werden mußte. Eine Herzlähmung machte hier wenige Stunden nach der Einkleinerung seinem Leben ein Ende.

Infolge des Ablebens des früheren Reichspostministers Dr. Höfle soll sich, wie verlautet, der Untersuchungsrichter mit der Leitung des Hedwigskrankenhauses in das Hofe kurz vor seinem Tode aus dem Gefängnislazarett gebracht worden war, in Verbindung gesetzt haben, um festzustellen, ob Höfle lediglich an den Folgen von Lungenerkrankung gestorben ist oder ob möglicherweise noch andere Momente bei seinem Ableben mitspielen könnten. In einigen Kreisen, die sich als unparteiisch ausgeben, wird behauptet, daß Höfle, der in letz-

ter Zeit seiner Umgebung gegenüber Zeichen äußerster Niedergeschlagenheit erkennen ließ, am vergangenen Sonntag größere Mengen Alkohol zu sich genommen hat, um seinem Leben freiwillig ein Ende zu machen. Da Dr. Höfle über Herabkemmungen und Schlaflosigkeit klagte, hat er, wie hinzugefügt wird, tatsächlich von den behandelnden Ärzten Schlafmittel und Alkohol erhalten. Es erscheint im Augenblick nicht ausgeschlossen, daß der Todesfall für das Pflegepersonal des Gefängnislazarettes noch ein Nachspiel haben wird.

Polizeiobers Schützinger abgebaut.

Nach Meldungen sozialdemokratischer Blätter ist der Polizeiobers Schützinger plötzlich aus dem Dienst entlassen worden, nachdem Innenminister Müller noch vor einem halben Jahr erklärt habe, daß eine Entlassung Schützingers nicht zu beabsichtigen sei und daß er ihn weiter innerhalb der Polizei, wenn auch nicht im Exekutivdienst, beschäftigen werde. Das Ministerium des Innern habe jetzt von der ihm nach dem Staatsdienergesetz von 1885 zustehenden Kündigung des Dienstverhältnisses Gebrauch gemacht.

Die Lage in Bulgarien.

Sofia, 20. April. Außer dem Abgeordneten Kormanoff sind aus dem Zentralausschuß der Regierungsparteien noch die Abgeordneten Kresten und Milanoff ausgetreten. Letzterer steht auf dem Standpunkt einer Umbildung der Regierung auf breiterer Grundlage, gegebenenfalls durch ein Kabinett unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Alexander Malinoff.

Durch den Austritt von Abgeordneten aus der Regierungsmehrheit wird die Stärke der Opposition und namentlich der Radikalen und der Sozialdemokraten zu Ungunsten der Regierungsmehrheit steigen. Die Tageszeitung „Evocha“ schreibt, dadurch werde die Mehrheit der Regierung sinken und eine Umbildung des Kabinetts erforderlich werden.

Der Polizei ist es gelungen, den Zufluchtsort Mincoffs, der die Maschinenmaschine in der Kathedrale untergebracht hatte, aufzufinden zu machen. Da er bei seiner Festnahme Widerstand leistete, wurde er erschossen.

Die Folgen der Explosion

Sind, wie immer deutlicher wird, wahrhaft katastrophal gewesen. Die Rettungen verblieben lange Alben der Toten, deren Zahl schon 190 übersteigt. Außerdem sterben täglich in den Krankenhäusern Leute, die bei der Explosion verwundet wurden. Unter den Toten befinden sich 12 Generale, 7 Obersten und 11 andere Offiziere, drei Abgeordnete (zwei liegen im Sterben), drei Journalisten, einige Professoren 15 Polizeibeamte. Der Bürgermeister von Sofia und dessen Frau sowie der Polizeipräsident und seine Frau sind tot. Der Adjutant des Königs, der diesen in der Kirche vertrat, sowie der Sohn des bekannten bulgarischen Politikers Daness sind schwer verletzt worden. Sechs Leichen konnten nicht identifiziert werden.

Die Aufräumungsarbeiten in der Kirche, wo stellenweise der Schutt 1½ Meter hoch liegt, werden schieber fortgesetzt und immer neue Leichen aus den Trümmern hervorgeholt. So wurden gestern zwei neue Tote, darunter ein Oberst, gefunden. Außerdem finden die Arbeiter auch verstümmelte Körperteile, abgerissene Hände und Füße, sowie eine Unmenge Kleidungsstücke, Hüte usw. Gestern fanden sie einen vom Leichnam abgetrennten Kopf. Die Zahl der Verletzten kann nicht festgestellt werden, da sich viele in häuslicher Pflege befinden. Die Schwerverwundeten werden auf über 300 geschätzt. Leichtverletzt sind fast alle, die in der Kirche anwesend waren (etwa 2000 Leute). Alle Minister, die in der Kirche waren, sieben an der Zahl, sind leicht verletzt. Sie entgingen einem schrecklichen Schicksal, weil sie auf der entgegengesetzten Seite der Kirche aufgestellt waren, was die Attentäter nicht voraussehen konnten.

Die Kirche wurde am Vorabend des Attentats von der Polizei gründlich untersucht, so daß die Attentäter die Maschine wahrscheinlich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag aufstellten. Man weiß bereits, daß ein Priester und der Glöckner der Kirche verhaftet wurden. Das Resultat der Untersuchung wird geheim gehalten. Die Zahl der Verhafteten übersteigt angeblich 1000. Alle angesehenen Bauernbändler und Kommunisten, gewesene Minister und Abgeordnete wurden verhaftet. Unter ihnen befinden sich die Mitglieder des Zentralausschusses der Bauernpartei Janko Balaloff, Jansoff und Tomoff sowie die Abgeordneten Petrini und Grodaroff. Wie es heißt wurden auch zahlreiche aktive Offiziere verhaftet.

Sie haben sich angeblich tätig an der Durchführung der Vorbereitungen des Attentats beteiligt. So wird ein Hauptmann Umkoff genannt, der die Maschinenmaschine in der Kirche aufgestellt haben soll. Ein Offizier erklärte offen, daß schon massenhaft „kommunistische Verbrecher“ erschossen wurden. Ueber die Verhaftungen und Justifizierungen verweigern die amtlichen Stellen jede Auskunft. So wird hervorgehoben, daß die Regierung nun entschlossen sei, „das kommunistische Uebel“ in Bulgarien auszurotten, d. h. also, mit ihren politischen Gegnern abzurechnen. Die Militärzensur gestattet nicht, daß die Namen der Verhafteten ins Ausland gemeldet werden. Angeblich soll diese Zensur in einigen Tagen wieder aufgehoben werden.

Die bulgarische Regierung hat an die Interalliierte Kontrollkommission das Ersuchen gestellt, das bulgarische Soldatenheer um 10 000 Mann verstärken zu dürfen. Das Interalliierte Komitee von Versailles hat gestern dieses Ersuchen vom technischen Standpunkt aus geprüft. Das Ersuchen wird darauf von der Vorkonferenz beraten werden, die der bulgarischen Regierung ihre Entscheidung in kürzester Zeit mitteilen wird.